

SCHEIDUNGSRECHT

# Gehet hin in Frieden



Wenn eine Ehe scheitert, soll die Trennung künftig einfacher und "friedlicher" werden. (Foto: Archiv)

**Die langen, für viele Beteiligten traumatischen Scheidungsprozeduren sollen bald der Vergangenheit angehören. Die von der CSV-DP-Regierung vorgestellte Reform des Scheidungsrechts passt dieses endlich der Zeit an.**

Gut gelaunt präsentierte Justizminister Luc Frieden am vergangenen Freitag den Gesetzentwurf zum neuen Scheidungsrecht. Kein Wunder, mit der längst überfälligen Reform kann sich der CSV-Politiker sicher sein, auf viel positive Resonanz zu stoßen. Ziel der bereits im Regierungsprogramm von 1999 angekündigten Gesetzesinitiative: Es soll endlich Schluss sein mit den langen, oft traumatischen Gerichtsprozeduren, die eine Vielzahl der Scheidungen in den vergangenen Jahren ausgemacht haben.

"Wir glauben, dass durch die Gesetzesänderung viel menschliches Leid und Streit in der Familie verhindert werden kann", sagte Luc Frieden. Um dies zu erreichen, schafft die Regierung die Schuldfrage ab: der bisherige "divorce pour faute" wird gestrichen, an seine Stelle tritt das Zerrüttungsprinzip, der "divorce pour rupture irrémédiable des relations conjugales des époux". Szenen, bei denen Verwandte, FreundInnen und sogar die Kinder vor Gericht über den Zustand einer Ehe aussagen mussten, dürften damit bald vorbei sein.



"Statt subjektiver wird es endlich objektive Kriterien geben", sagt Christine Doerner erleichtert. Die Notarin und Präsidentin des christlich-sozialen Frauenverbands befürwortet den Gesetzentwurf als eine "der ganz wichtigen gesellschaftspolitischen Reformen". Eine Sichtweise, der sich auch die LSAP-Abgeordnete Lydie Err grundsätzlich anschließt.

"Die Streiterei über die Schuldfrage vor Gericht führte oft erst dazu, dass sich das Klima zwischen den Eheleuten dramatisch verschlechterte", berichtet die gelernte Juristin aus ihren Erfahrungen mit dem alten Gesetz. Oft seien dabei Wunden entstanden, die noch Jahre später bei den Beteiligten schmerzten.

"Früher gab es keine Gelegenheit für die Paare sich auszusprechen. Jetzt fördert das Gericht deren Eigenverantwortung." Lydie Err, die bereits 1997 eine Reform des geltenden Rechts vorgeschlagen hatte, begrüßt besonders die im Projet de loi vorgesehene Möglichkeit für die Gerichte, bei zerstrittenen Eheleuten auf Versöhnung hinzuwirken. So sehen die Artikel 242 und 243 ausdrücklich zunächst Schlichtungsmöglichkeiten vor, laut Artikel 246 kann der/die RichterIn unter anderem "proposer aux époux une mesure de médiation". Außerdem steht dem scheidungswilligen Paar bis zuletzt offen, auf die weiterhin existierende gütliche Tennung, "le divorce par consentement mutuel", umzusteigen, sollte sich die Stimmung in der Zwischenzeit verbessert haben. Deren Prozedur wurde zudem stark gekürzt: Statt wie bisher zwei Jahre nach dem ersten Antrag, kann die Scheidung bereits nach einem Jahr ausgesprochen werden, die Altersgrenze von 23 Jahren soll zudem gestrichen werden.

## Im Interesse der Kinder

NutznießlerInnen solcher befriedeter Prozeduren sind aber nicht nur die Eheleute (und das Gericht), sondern auch die Kinder. Deren Interessen stehen laut Justizminister künftig im Mittelpunkt einer Scheidungsangelegenheit - ein überfälliges Zugeständnis an die von Luxemburg unterzeichnete UN-Kinderschutzkonvention aus dem Jahre 1989. So sieht der Text grundsätzlich vor, das Sorgerecht bei beiden Eltern zu belassen. Im Falle eines Konfliktes jedoch kann das Gericht einem Elternteil das alleinige Sorgerecht zusprechen (also das Gegenteil dessen, was andernorts in der Presse geschrieben stand). "Le droit de surveiller l'entretien et l'éducation de l'enfant" aber bleibt dem anderen Elternteil ebenso erhalten wie das Recht, über die "choix importants relatifs à la vie" des Kindes informiert zu werden und daran - soweit möglich - teilzuhaben. Damit würde in Zukunft auch veränderten Geschlechterrollen stärker entsprochen. "Beide Seiten sind gefragt, auch der Vater wird bei der Kindererziehung angesprochen", lobt Christine Doerner den Passus.

Für viel - und kontroverse - Diskussionen dürfte eine weitere Neuigkeit sorgen: Die RichterInnen können im Interesse des Kindes künftig dem Elternteil, welches die Kinder aufzieht, für eine gewisse Zeit die häusliche Wohnung zusprechen - auch wenn diese dem anderen Elternteil gehört. Abgesehen von polemischen Äußerungen, die einem vorprogrammierten Missbrauch durch Frauen und einer neuen Benachteiligung der Männer das Wort reden (Zeitung vom 13.06.03), birgt diese Regelung nach Ansicht einiger RechtsanwältInnen tatsächlich die Gefahr, "den Streit um die Kinder erst recht anzuheizen".

Doch es gibt auch andere Stimmen. "Ich sehe das nicht so negativ. Der Richter darf diese Maßnahme nur veranlassen, wenn das finanziell für die Betroffenen tragbar ist", schwächt Doerner solcherlei Kritik ab. Zudem dürfte grundsätzlich fraglich sein, ob luxemburgische RichterInnen die Kann-Regelung überhaupt extensiv anwenden würden. Hinter vorgehaltener Hand wird da auch schon mal auf die überwiegend männliche Richterschaft verwiesen.

## Veraltete Denkfiguren

Die ehemalige Präsidentin des Nationalen Frauenrats (CNFL) Doerner begrüßt außerdem die neuen, definierten Vorgaben bei der Bemessung des Unterhalts des Ehepartners. Neben beispielsweise Dauer der Ehe, Alter der Ehegatten und der Kinder, Qualifikation und beruflicher Situation wären erstmalig auch Pensions- respektive Rentenansprüche zu berücksichtigen. Dies käme insbesondere älteren, erwerbslosen Frauen zugute, die bislang nach einer Trennung in dieser Hinsicht leer ausgingen und im schlimmsten Fall Altersarmut riskierten. Wie aber steht es hierbei um die Förderung der Eigenverantwortung und Unabhängigkeit?

"Auf lange Sicht stellt sich die Frage, ob diese Regelung wirklich zugunsten der Frauen ist", gibt Lydie Err gegenüber der woxx zu bedenken. Damit spielt die Sozialistin auf das auch in anderen sozialrechtlichen Regelungen eingelassene konservative Denkmuster an, wonach Frauen in erster Linie immer noch zu Hause bleiben und "unterhalten" werden müssen.

Im Hinblick der Geschlechter stellt sich mit dem neuen Scheidungsrecht darüber hinaus eine philosophische Grundsatzfrage. Für misshandelte EhepartnerInnen und deren Kinder kann die Abschaffung des Schuldprinzips zumindest moralisch einen Nachteil bedeuten. Denn die Zerrüttungsformel enthält sich im weitesten Sinne eines parteiischen Werturteils. Anders die Unzumutbarkeitsregelung, wie sie etwa in der Schweiz seit der Scheidungsreform von 1.1.2000 existiert. Diese verkürzt in Härtefällen die Frist der Scheidung und fällt ein klares Urteil über die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Ehe. Für Schadensersatzforderungen von Opfern ehelicher Gewalt ist eine solche Regelung allerdings nicht zwingend nötig. Auch die luxemburgische Scheidungsreform sieht eine "demande en dommages et intérêts" auf der Grundlage des Zivilrechts vor.

Ines Kurschat

## Minorités du Kosovo: rien à craindre?

La visite du chef du gouvernement Ibrahim Rugova et du Haut représentant de l'ONU au Kosovo a été mise à profit par le gouvernement pour muscler son discours en matière de retours forcés de réfugié-e-s. Lors de la rencontre avec l'Asti jeudi dernier, MM. Juncker et Frieden ont endossé la position officielle des deux représentants du Kosovo selon laquelle des retours, même de membres des minorités ethniques, ne poseraient aucun problème. Or ce n'est ni ce que pensent les concerné-e-s, ni ce que constatent les ONG de défense des droits humains. Amnesty International Luxembourg, dans une lettre ouverte à Luc Frieden, déplore que "non seulement les minorités du Kosovo sont toujours aujourd'hui en butte à la discrimination en matière d'emploi, de soins médicaux et d'enseignement, mais l'impunité et le manque de justice sont encore largement signalés". L'organisation s'oppose à ce que des membres de minorités soient renvoyés de force "tant que la viabilité du retour repose sur la présence de la KFOR". Dans ce contexte l'engagement de soldats luxembourgeois au Kosovo, présenté par le ministre de l'Armée Charles Goerens comme une contribution désintéressée à la paix mondiale, prend de plus en plus des allures de mission-alibi permettant de justifier les expulsions forcées.

## Il n'y a pas que la "Lex Greenpeace" ...

La "Lex Greenpeace" était ressentie comme une menace pour la liberté d'expression parce qu'elle devait permettre de traîner les auteurs de barrages de routes et de stations-service devant la justice pénale. Devant la justice civile par contre, il est presque devenu habituel que des ONG se fassent attaquer avec des demandes de dédommagement énormes. Le cas de la plainte de la Société lorraine de revalorisation (SLR), plaidé mercredi dernier et dont le jugement est attendu pour le 9 juillet, n'en est pas moins exceptionnel. Car ce qu'on reproche à Jean Hermes, ce n'est pas d'avoir bloqué un accès de la société, c'est d'avoir, en septembre 2000, soulevé publiquement la question de savoir si des cas de cancer à Rodange n'étaient pas liés au crassier exploité par la SLR. Cela aurait causé à la société un préjudice évalué à 125.000 euros. Jean Hermes y voit surtout une tentative de le faire taire. A l'époque, le président de la "Biergerinitiativ Kordall" mobilisait contre une demande d'autorisation pour l'exploitation du crassier, introduite par la SLR. Détail piquant: l'un des avocats de la SLR est Maître Dean Spielmann, celui-là même qui, à travers ses avis juridiques critiquant la "Lex Greenpeace", a contribué à faire reculer Luc Frieden.

## Mit einem Prozent ganz groß

Wenn es einen Bereich gibt, bei dem Luxemburg internationale Zensuren kaum zu scheuen braucht, dann ist dies die Entwicklungszusammenarbeit. Anders als so manche nördlichen Mitstreiter marschiert das großherzige Großherzogtum zielstrebig auf den einen Prozent Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttoinlandsprodukt zu. Der "Comité d'Aide au Développement" der OECD, des Zusammenschlusses der führenden Wirtschaftsnationen, lobt in einem kürzlich erschienenen Bericht Luxemburgs Bemühungen im Bereich der Armutsbekämpfung. Kritik gab es vor allem hinsichtlich einer fehlenden Kohärenz zwischen verschiedenen Politikfeldern. Kooperationsminister Goerens gab anlässlich einer Pressevorstellung des Berichtes allerdings zu bedenken, dass Luxemburgs Möglichkeiten, internationale Politik mitzubestimmen, begrenzt seien: "Wir diktieren nicht, wir gestalten mit." Den Verdacht, Justizminister Frieden habe sein Herz für die Entwicklungshilfe insbesondere deshalb entdeckt, weil er so den Flüchtlingsstrom besser eindämmen kann, wies Goerens zurück: Frieden habe als Budgetminister immer eine offenes Ohr gehabt für die Belange der Nord-Süd-Solidarität, sowohl in der aktuellen als auch in vorigen Regierungen.